

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 Vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Anzeigenseite oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

E. L. Berlin, 19. Januar.

Deutscher Reichstag.

156. Plenarsitzung vom 19. Januar, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Etat des Reichsschatzungsamts. Hierzu liegt eine von dem Abg. Hamann eingebrachte Resolution vor, welche behufs Ertheilung von Auskünften über Zolltariff-Angelegenheiten die Einsetzung von einzelstaatlichen Behörden wünscht und zweitens verlangt, daß unter Abänderung des § 12 des Vereinszollgesetzes von 1869 die Entscheidung über Beschwerden wegen unrichtiger Anwendung des Zolltariffs durch verwaltungsgerichtliche Behörden (in denen Sachverständige sitzen) oder durch Schiedsgerichte zu erfolgen habe.

Abg. Lenzmann: Ich weiche von Herrn Hamann ab, als ich Reichsbehörden verlangt, nicht einzelstaatliche. Bei der Wirksamkeit der Zolltariff-Angelegenheiten herrscht, hat sich nicht bei der Beratung verheißenermaßen, betreffend Reisen, von Brück zc. wieder deutlich gezeigt. Gegenwärtig werden ja sogar die Auskünfte einzelner Zollbehörden, auf welche sich die Geschäftsstellen verlassen, hinterher von der obersten Zollverwaltungsstelle desamontiert. Artikel 36 der Verfassung weist die Zollverwaltung allerdings den Einzelstaaten zu, aber dann ändern man möglichenfalls die Verfassung. Ein Bedürfnis, hier zu ändern, liegt jedenfalls vor. Landesauskunftsbehörden genügen nicht, denn in Preußen würden dieselben ebenfalls stets von falschen Mängel-Aussagen ausgehen. Ich weiß übrigens nicht, was die verbündeten Regierungen gegen eine Auskunftsbehörde haben können? Diese soll ja doch nur Auskunft erteilen, greift also nicht in die Verwaltung ein. Es sind aber daneben auch Behörden für die Nachprüfung nötig. Für beide Arten Behörden ist reichlich Tätigkeit genug vorhanden. Daß diese Behörden in Deutschland noch fehlen, ist ein Mangel, den man im Auslande nicht begegnet. Schiedsgerichte hat man z. B. auch in Spanien. Sehr zweckmäßige Vorschläge macht namentlich eine Petition der Wiesbadener Handelskammer: Schiedsgerichte schon bei den unteren Zollbehörden. Redner beantragt demgemäß eine Resolution, welche von der Hamann'schen insofern abweicht, als sie eine Reichs-Auskunftsbehörde und einen Reichs-Schiedsgerichtshof fordert.

Abg. Hamann: Ich bitte um Annahme seiner Resolution, denn er ist besorgt, daß der Bundesrat aus reichsverfassungsmäßigen Gründen der Resolution Lenzmann doch nicht zustimmen werde. Materiell sei das ganze ja so darin, daß der jetzige Zustand nicht fortbauet könne. Es sei unerträglich für den Geschäftsmann, daß er nachträglich zu Zollnachzahlungen gezwungen werden könne, wenn die oberste Landesbehörde die Verzollung einer Waare nach einem anderen Tarifklasse anordne. Der Importeur müsse von vorne herein darüber zuverlässige Auskunft erlangen können, nach welcher Lage er zu verfahren habe. Sein eigener Antrag, der sich auf Landesbehörden beschränkt, wolle für den Bundesrat jeden Grund zum Widerspruch aus dem Wege räumen. Sein Antrag stehe hinsichtlich Punkt 1 durchaus auf dem Boden der Verfassung. Ebenso in Bezug auf Punkt 2, indem er an die Stelle der über Zolltariffangelegenheiten entscheidenden Verwaltungsgeschäftsstellen setze bzw. Schiedsgerichte, wie sie z. B. in Frankreich existieren. In den Bundesstaaten bestehe die größte Verwirrung, geradezu Verwirrung, wegen der Art, wie in Preußen Zolltariffangelegenheiten behandelt würden.

Abg. von Stumm (Reichsp.): Meine Freunde sind bereit, für den ersten Theil des Antrages Hamann zu stimmen, aber gegen den 2. Theil haben wir Bedenken, denn dadurch ergäbe es eine Reform, der bei dem Zolltariffhof seines Landes Erfolg ergäbe, ein Privileg vor dem Konkurrenz, der entweder nicht reklamieren oder dies bei seinem Verwaltungsgerichtshof ohne Erfolg thue. Hier fehlt also die Einheitlichkeit, die ja allerdings bei dem Reichsgerichtshof Lenzmann vorhanden sein würde. Er bitte also nur den 1. Theil des Antrages Hamann anzunehmen.

Abg. Deyl von Herrnsheim meint, man könne für den Antrag Lenzmann stimmen, wenn kein Widerspruch vom Bundesratshof erfolge, anderenfalls könne man sich auf den Antrag Hamann zurückziehen.

Schatzsekretär Graf Posadowsky: Die verbündeten Regierungen haben eine frühere Resolution betreffend Einsetzung einer Reichsbehörde eingehend geprüft, sich aber einstimmig abgelehnt entschieden. Die ganze Frage ist sehr komplizierter Natur aus verfassungsmäßigen Gründen. Differenzierungen werden niemals ausbleiben. Der Uebelstand, daß eine Landesbehörde anders entscheidet als die andere, kann mit Bezug auf die Vergangenheit dadurch beseitigt werden, daß die oberste Landesbehörde die Zollnachforderung niederlegt, und in Bezug auf die Zukunft dadurch, daß der Bundesrat, die Einzelstaaten Anweisung ergehen läßt darüber, wie künftig der betreffende Tarif ausgesetzt werden soll. Was Punkt 1 des Antrages Hamann anlangt, so stehe es sich vielleicht so machen, daß die Landesdirektoren zu Auskünften ermächtigt werden und daß alsdann Zollnachforderungen nicht mehr stattfinden dürfen, auf die Gefahr hin, daß die Behörden hinterher einleitet, sich gestützt zu haben. In so weit wäre Punkt 1 des Antrages Hamann erfüllt. Erwägung werth, offenbar der Bundesrat angeschaltet werden, und das wäre eine Abänderung der Verfassung. Persönlich meine ich übrigens, wenn man schon einmal einen Zolltariffhof will, dann lieber einen für das Reich, wie ihn Lenzmann empfiehlt, als eine ganze Menge in den verschiedenen Staaten. Der Gegenstand wird jedenfalls noch von dem Bundesrat eingehend erwogen unterzogen werden. Es wird sorgsam geprüft werden, inwiefern es möglich ist, beschleunigten Bescheid abzugeben.

Abg. Deyl empfiehlt sodann den Antrag Lenzmann.

Inzwischen hat der Abg. Lenzmann seine Resolution in ihrem ersten Theil dahin modifiziert, daß die Auskünfte der zu errichtenden Reichs-Auskunftsbehörde die Folge haben sollen, daß Nachforderungen auf eine Waare, deren Entschieden eine Auskunft erteilt worden ist, nicht zulässig sein sollen.

Abg. Ulrich (Sd.) hält es für notwendig, in der Resolution auch auf die Ausführung Rücksicht zu nehmen. Es müßte auf ein internationales Schiedsgericht über Zolltariffangelegenheiten und darauf hingewirkt werden, daß kein Staat bei der Ausübung von Waaren Änderungen vornehmen dürfe, zu denen nicht die Vertragsstaaten ihr Einverständnis erklärt hätten. Redner weist zur Begründung auf die in Auslande vorgenommenen Änderungen in der Ausübung von Waaren hin. Erklärt sich gegen die Freizügigkeit durch unsere Maßnahmen gegen die Schweine- zc. Einfuhr aus Auslande.

Abg. Freze (fr. B.): Da die Entscheidungen einzelstaatlicher Behörden doch keinen autoritativen Charakter haben würden, so ist es besser, wir nehmen den Antrag Lenzmann an. Ich weise da namentlich auf die Zollbehandlung des wichtigen Stapelartikels Reis hin. Hier ist die Auslegung des Tariffs zu Ungunsten der betreffenden Reiswälder in Bremen eine ganz andere, als in Hamburg und Stettin. Schon dieser eine Fall zeigt, wie notwendig es ist, eine einheitliche Auslegung seitens einer Reichsbehörde herbeizuführen.

Nachdem Johann Abg. Hamann noch einmal für Teil 2 seines Antrages eingetreten, wiederholt

Schatzsekretär Posadowsky, daß darin eine Ausschaltung des Bundesrats liege.

Abg. Fischel (fr. Bp.) spricht sich für den Antrag Hamann als den ausrichtsvolleren aus.

An der weiteren Debatte theilnehmend sich noch der Schatzsekretär, die Abgg. v. Stumm, Lenzmann, Hamann, worauf noch ein Antrag Ulrich einfließt im Sinne der obigen Ausführungen dieses Redners.

Für seine Person erklärt alsdann

Abg. v. Stumm (konst.), der Antrag Lenzmann sei ihm sympathisch, aber leider sei derselbe ja durchaus ausrichtsvoll. An dem Antrage Hamann sei ihm nur der Teil 1 annehmbar, denn der Teil 2 leide an dem großen Fehler, daß er innerhalb der einzelnen Gebiete des Reiches zu ganz verschiedenen Rechtssprechungen führen könne.

Abg. Lieber erklärt, seine Freunde seien gegen den Antrag Lenzmann in seinen beiden Theilen, weil derselbe eine Reichsbehörde einführen wolle, was ganz ausrichtsvoll sei. Den Antrag Hamann brauche man wohl auch in seinem zweiten Theile nicht so zurückweisen, wie dies der Schatzsekretär und Stumm gethan.

Er müßte aber hier beim Etat des Schatzungsamts Gelegenheit nehmen, noch einen anderen Gegenstand zu berühren, die Art, wie im preussischen Abgeordnetenhaus die Finanzpolitik des Reichstages zur Sprache gebracht worden sei. Ich erkenne die Zuständigkeit der einzelstaatlichen Landesvertretungen an, auf ihre Staatsregierung einen gewissen Einfluß zu nehmen in Bezug auf ihre Stimmführung im Bundesrat. Was ich aber unmöglich anerkennen kann, ist die Zuständigkeit der Herren im Abgeordnetenhaus, zu Gericht zu sitzen über die Politik des Reichstages oder der einzelnen Parteien des Reichstages. Der Reichstag hat weder im preussischen noch in einem anderen Landtage Recht zu nehmen. Und ich würde glauben, dem Rechte des Reichstages etwas zu vergeben, wenn ich im Abgeordnetenhaus geredet hätte. Hier aber muß ich dazu die Gelegenheit benutzen, auf die Reden zu antworten, welche die Herren Zedlitz, Sattler, Graf Limburg gegen unsere Politik im Reich geäußert haben und zwar heute, wie schon vor einem Jahre, als unser Schuldentilgungsantrag hier zur Annahme gelangt war. Es sind das Variationen der Reden des Finanzministers gewesen. Ich würde unanfechtbar stehen, wenn ich diesen hier rauf anfühle. Derselbe hat gesagt, er hoffe noch mit mir zusammenzukommen, sich mit mir in den Armen zu liegen. Wenn er aber dabei auch versichert hat, er habe keinen oder doch nur einen bedingten Widerspruch gegen unsere Politik im Vorjahre erhoben, dann hat er doch ein kurzes Gedächtnis. Denn er hat beispielsweise im Herrenhaus am 27. März 1896 gegen die Politik des Reichstages den Landtag zu den Waffen gerufen. Ich will ihn nicht weiter kritellern, ich ziehe vielmehr aus seinen Äußerungen in voriger Woche freudig den Schluß, daß er Schritt für Schritt uns näher kommt, um uns in den Armen zu liegen. Wir sind geneigt, eine Verständigung mit den verbündeten Regierungen zu suchen, aber ohne Schädigung unseres Grundgedankens, des staatsrechtlichen Gedankens der Grundentfaltung. Nach den gehäuften Angriffen auf uns im Abgeordnetenhaus muß ich deutlicher werden. Die Stellung meiner Freunde ist in Klage: Die der schweren Belastung mit Schuldentilgung und bei den nicht von der Hand zu weisen günstigen Einnahmen müßte eine sofortige erhebliche Entlastung ins Auge gefaßt werden. Ob in der Weise wie im Vorjahre oder ob durch Erhöhung der einmaligen Ausgaben im Ordinarium, unter Verminderung des Extraordinariums, bei gleichzeitiger Erhöhung der Matrikularbeiträge, bleibe noch dahingestellt. Auf diese Politik der Schuldentilgung wird das Zentrum unter keinen Umständen verzichten, das mögen die Herren im Abgeordnetenhaus sich merken. Gegenwärtig kann das Zentrum die Bewilligung neuer Steuern in Aussicht nehmen. Die Erhöhung des Ordinariums empfiehlt sich um so mehr, als es sich im Extraordinarium nur um unproduktive Ausgaben handelt, welche die Zukunft belasten würden. Zu meiner Freude theilt ja der Schatzsekretär jetzt die Ansicht bezüglich der Nothwendigkeit einer Verringerung des Extraordinariums. Wenn wir auch an der clausula Frandenstein nicht unbedingt festhalten, so würde doch das Zentrum, wie Redner schließlich noch anführt, der Posadowsky'schen Finanzreform gegenüber nicht willkürlich sein. Entschließungen über Details behalte ich das Zentrum vor, bis alle Nachtragsforderungen vorliegen.

Schatzsekretär Graf Posadowsky vertritt, daß Miquel dem Zentrum aus der vorjährigen Umwidmung der clausula Frandenstein einen Vorwurf gemacht haben könne. Er selbst glaube — und jedenfalls auch Miquel —, daß die im Vorjahre begonnene Schuldentilgung fortgesetzt werden müsse. Aber andererseits müßten auch die Bundesstaaten dagegen geschützt werden, daß sie durch die Matrikularbeiträge über den Betrag der Ueberweisungen hinaus in Anspruch

genommen würden. Ein dahin gehender Gesetzentwurf liege dem Bundesrat gegenwärtig vor.

Abg. v. Bennigsen bezweifelt, daß die vorjährige Politik des Zentrums mit dessen früherer im Einklang sei, aber daraus mache er dem Zentrum keinen Vorwurf. Zumal da die Schuldentilgung des Reiches eine sehr große sei. Er halte es sehr wohl für möglich, sich mit dem Zentrum bei der Behandlung der Sache schon in diesem Etat zu einigen. Auch seine Partei sei bereit, das, was durch die Entwicklung der Verhältnisse aus der Frandenstein'schen Klausel fehlte, zu ändern, die Klausel einschränken, mehr als bisher von dem Extraordinarium auf das Ordinarium zu nehmen.

Ein solches Auftreten des Zentrums in Bezug auf die Frandenstein'sche Klausel sei durchaus erwünscht und patriotisch, und er rechne in der Kommission auf Verständigung.

Abg. Graf Limburg-Sturum entnimmt aus den Erklärungen des Abg. Lieber, daß das Zentrum eine Regelung der Finanzverhältnisse nach festen Normen jetzt als notwendig anerkennen bereit sei.

Abg. Enneccerus hält den von der Reichsregierung gewünschten Weg für den besseren, aber so lange dieser Weg nicht durchzuführen sei, nehme er das vom Zentrum Gebotene dankbar an.

Abg. Lieber: Auf eine reinliche Schiedung sind wir gewillt eingehen, die staatsrechtliche Seite der Sache werden wir aber noch wie vor mit äußerster Vorsicht behandeln. Redner betont noch, daß Herr Miquel hauptsächlich Vorwürfe gegen das Zentrum gerichtet gehabt habe. Er freudigweise sei ja jetzt alleinig in Aussicht auf Verständigung.

Ein Antrag auf Vertagung wird jetzt angenommen.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.

Tagesordnung: Interpellation Dahn betr. Wegerecht auf See, dann Fortsetzung der Etatsberatung.

Schluß 5 1/2 Uhr.

E. L. Berlin, 19. Januar.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

21. Plenar-Sitzung vom 19. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Fürst Hohenlohe, Vofe, Schönteufel, Thiele, Miquel, Febr. v. Hammerstein, Febr. v. Rade, Wrede.

Die Etatsberatung wird fortgesetzt. Geh. Rath Althoff vertheidigt gegenüber den geistigen Ausführungen des Abg. Sattler die geplante Neuregelung der Professorengehälter. Für Liebermann eigne sich nicht die Vertretung der Kolonialgelehrten, zu der man sich in Oesterreich entschlossen. Die Regierung wolle die Professoren gleichmäßiger und fester stellen, als bisher. Sollte dies möglich sein, so werde man sich allerdings fragen müssen, ob nicht die Vertretung der Kolonialgelehrten gegenüber dem jetzigen Zustande als das kleinere Uebel anzusehen sei.

Ministerpräsident Fürst Hohenlohe kommt auf die geistigen Bemerkungen des Grafen Limburg über den Ledert-Lösow-Prozess zurück. Ich bin leider wieder einmal genöthigt, meinem verehrten Freunde, dem Grafen Limburg-Sturum entgegenzutreten. Er hat gestern die Beziehungen des auswärtigen Amtes zur Presse einer abschließenden Kritik unterzogen. Er erkennt zwar an, daß das auswärtige Amt mit der Presse in Verbindung stehen muß, er verlangt aber, daß von dem Berthe dieser Beziehungen ausgeschlossen werden sollen, welche gegen andere Ressorts „intrigieren“. Ich kann mir kein reiches Bild davon machen, wie eine Zeitung gegen ein Ressort „intrigieren“ kann. Vielleicht sollte das heißen, daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten ein Journal, das gegen einen Ressortminister, zum Beispiel den Justiz- oder den Landwirtschaftsminister, Opposition macht, die Verbindung aufkündigen soll. Eine solche Forderung kann ich nicht ernst nehmen. Der Herr Abgeordnete befragt sich, daß untergeordnete Leute empfangen würden. Ja, soll denn das auswärtige Amt für die Journalisten eine Art Hoffabstichtung schaffen? (Heiterkeit im Zentrum und links.) Ich meine, die Erfahrungen, die mit Herrn von Lösow gemacht worden sind, können uns in dieser Beziehung als Lehre dienen. (Zustimmung im Zentrum und links.) Der Herr Abgeordnete befragt sich ferner, daß der Prozess Ledert-Lösow nicht vermieden worden ist, und daß man nicht den Umfang durch Verhandlungen zwischen den Ressorts beseitigt habe. Erst im Laufe der Untersuchung stellte sich, wie ich vorweg bemerken will, heraus, daß durch eine Reihe falscher Auskünfte eines Kriminalkommissars über den Ursprung von Zeitungsaufstellungen wiederholt Verdacht und Mißthimmung unter hohen Beamten und gegen solche erzeugt worden war. Selbstverständlich konnte wegen der Verwicklung eines Kriminalkommissars als Zeugen in den Prozess nicht auf die Strafverfolgung der gerügten Pressebeurtheilung verzichtet werden. Aus Achtung vor dem Gericht enthalte ich mich zur Zeit eines weiteren Urtheils über diesen Strafverfahren noch schweigen. Der Prozess Ledert-Lösow war aber an sich nicht zu vermeiden. Ich war verpflichtet, den Strafprozess zu stellen. Es handelte sich um verleumderische Beleidigung von Beamten des Hofes und des auswärtigen Amtes. Da wäre mit Verhandlungen zwischen den Ressorts nichts zu machen gewesen. Es mußte an das Gericht und damit an die Öffentlichkeit gegangen werden, und ich stehe nicht an zu erklären, daß ich die Hilfe der Gerichte überall da in Anspruch nehmen werde, wo ich Verleumdungen und Beleidigungen gegen Beamte in der Presse begegne. (Bravo!) Diesem Vorgehen widerspricht nicht die preussische Tradition, sondern es erfordert es. Ich bemerke noch, daß Herr v. Marschall nicht vorgegangen ist, ohne fortlaufend das Staatsministerium im Reintisch zu legen. Er hat dessen Zustimmung erhalten. Wie man aus dieser Sache einen Mangel an Einheitlichkeit des Ministeriums herleiten will, ist mir unverständlich. (Sehr richtig!)

In allen politischen Grundansatzungen besteht Uebereinstimmung. (Beifall im Zentrum und links.)

Abg. Freiherr v. Zedlitz (fr.): Die Ausführungen des Geheimen Raths Althoff

haben meine Bedenken nicht zerstreut. Mit großer Befriedigung habe ich dagegen die Erklärung des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten vernommen, daß die Regierung in allen politischen Grundansatzungen einig ist. Das wird das Vertrauen zur Regierung in weiten Kreisen des Volkes stärken. Nicht die Thatfache, daß schließlich der Appell an die Öffentlichkeit geboten war, hat Bedenken erregt, sondern der Umstand, daß ein Kriminalkommissar Jahre lang eine solche Verheugung betreiben konnte. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Da erscheint eine Reorganisation der politischen Polizei ebenfalls dringend notwendig. (Zustimmung.) Was die Beobachtungsvorlage angeht, so kann ich der Verweisung an eine besondere Kommission, wie sie Abg. Dr. Bachem vorgeschlagen hat (Dr. Bachem ruft: habe ich gar nicht gethan), nicht zustimmen und halte auch keine Verstärkung der Budgetkommission für erforderlich. Redner befragt weiter den Eisenbahnetat und das Verhältnis zum Reich, wo eine Finanzreform durchaus notwendig sei. Eine Ermäßigung der Gütertarife könne, wenn überhaupt, nur für Produktionsmittel in Betracht kommen. Die Grundzüge altpreussischer Sparsamkeit müßten für die ganze Verwaltung maßgebend bleiben. Redner befragt dann die Frage der Handelspolitik, die nicht auf Kosten der Landwirtschaft gemacht werden dürfe, und empfiehlt die Einführung eines hohen deutschen Maximaltarifs als Grundlage für künftige Vertragsverhandlungen. Bis zum Ablauf der Handelsverträge bleibe nichts übrig, als auf dem Wege der kleinen Mittel rüft weiterzugehen. Sehr viel Zustimmung haben in Handwerkerkreisen das Schicksal der preussischen Organisationsvorlage im Bundesrat erregt. Angesichts des Scheiterns der Justizvorlage im Reich empfiehlt es sich, schon im vorliegenden preussischen Etat einen Fonds zur Entschädigung unschuldig Verurtheilter zu schaffen. Bedauerlich sei es, daß nach den Erklärungen des Abg. Dr. Sattler eine Verschärfung des Vereinsgesetzes zur Stärkung der Staatsgewalt gegen revolutionäre Bestrebungen keine Aussicht auf Annahme habe. Wie die politische, so müßte auch die Kriminalpolizei gründlich reformiert werden; auch sie stehe nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Redner befragt weiter auf eine Reform der allgemeinen Verwaltung. Betreffs der Gehaltsfrage erkenne er an, daß auch die Unterbeamten-Gehälter zum Theil noch weiterer Aufbesserung bedürften. Für jetzt aber empfehle es sich, auf die vorliegende Aufgabe, die mittleren und höheren Gehälter aufzubessern, sich zu beschränken. Auf Einzelheiten eingehend, fordert Redner u. A., daß die Landräthe mindestens so gut gestellt würden, wie die Regierungsräthe, damit jene wichtigen Beamten in ihrem Amte auch wirklich eine Lebensstellung erblicken könnten. (Lebhafte Zustimmung rechts; Auf: Chor der Landräthe! Heiterkeit im Zentrum und links.)

Abg. Richter (fr. Bp.): Der Finanzminister hielt uns einmal entgegen, daß die Nichtbewilligung neuer Steuern im Reich die Beamtenaufbesserung in Preußen unmöglich machen werde; und nun haben wir diese doch! Der Finanzminister tritt sich auch bei der Aufstellung der Etats meist sehr stark und zwar zu seinen Gunsten: in den letzten 4 Jahren um 31, 48, 94 und 95, zusammen also um 268 Millionen Mark, um die sich der Herr Finanzminister zu seinen Gunsten geriert hat. (Heiterkeit.) Das ist etwas viel. (Erneute Heiterkeit.) Nur zweimal hat er sich zu seinen Ungunsten geirrt, im Cholerajahr 1892-93 und im Jahr 1891-92, wo er als Finanzminister noch nicht so fest im Sattel saß, daß er sich zu seinen Gunsten irren durfte. (Heiterkeit.) Während ich davon ausgehe, daß nur soviel an Steuern erhoben werden sollte, als der Staat regelmäßig und dauernd für seine Ausgaben nötig hat, denkt Herr Miquel: Es schadet ja nichts, wenn auch einmal etwas zu viel an Steuern erhoben wird, das wird dann taxamirt und kommt dann den Nachkommen zu Gute. Dabei auch seine Vorliebe für Automaten. Herr Miquel schiebt an die Hauptschuld an den Irthümern den Ressortministern zu, als wenn er nur der geistige Uebelthäter derselben wäre, der einfach alles so zu bündeln hätte, wie die bösen Ressortminister ihm diktierten. (Heiterkeit.) Wäre dem so, so wäre der Eisenbahnminister der eigentliche Finanzminister. Aber wie kommt es dann, daß Herr Miquel nicht auch bezüglich der Ausgaben Alles den Ressortministern überläßt? Da aber thut Herr Miquel geradezu, als wenn der Eisenbahnminister nur sein technischer Unterstaatssekretär wäre. (Heiterkeit.) Die Eisenbahneinnahmen sind für das neue Finanzjahr so vorläufig veranschlagt, daß sie noch um 1 Prozent hinter dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre zurückbleiben. Herr Miquel erinnert mich an die Millionäre, die sich bekanntlich öfter einbilden sollen, noch einmal Dünkers sterben zu müssen. (Heiterkeit.) Herr Miquel hat meine politische Tätigkeit als eine negative bezeichnet. Daß ich bei Gesetzen, die in meiner Richtung liegen, auch sehr positiv wirken kann, habe ich doch u. A. bei den Handelsverträgen bewiesen. Was positiv und negativ ist, darüber läßt sich überhaupt sehr streiten. Der Steuerzahler z. B., dem die Steuerpläne des Herrn Miquel an den Geldbeutel wollen, wird diese Tätigkeit des Herrn Miquel für eine sehr negative zu halten geneigt sein. (Große Heiterkeit und Zustimmung.) Sehr positiv möchte ich z. B. auch bei der Beobachtungsvorlage mitwirken und da lieber gleich ganze Arbeit machen; ich stimme in dieser Hinsicht ganz mit dem Abg. Dr. Bachem und Dr. Sattler überein. Auch finde ich die Verschärfung des Abg. Dr. Bachem über die Nichtberücksichtigung der Domptapitalien nicht ganz unberechtigt, aber gegen eine allgemeine Aufbesserung der Gehälter muß ich Widerspruch erheben. Bezüglich der Steuerprivilegien der Beamten, der Diäten und des Gratifikationswesens stimme ich auch ganz dem Abg. Dr. Bachem zu. Dagegen muß ich gegen die Forderung des Abg. Dr. Sattler, daß die unverheiratheten Beamten weniger Wohnungsgeldzuschuß erhalten sollen, als die verheiratheten, im Namen der ganzen Junggeheilsenschaft einheißenden Einspruch erheben. (Heiterkeit.) Fürst Bismarck hat die unverheiratheten einmal für seine besten Beamten erklärt, weil sie nicht durch Familien Sorgen von ihrem Amte abgezogen seien. (Chor rechts.) Murren Sie doch nicht gegen den Fürsten Bismarck (Große Heiterkeit), das sind wir ja gar nicht gewöhnt. Redner wendet sich dann gegen die zollpolitischen Ausführungen des Grafen Limburg und weiter gegen die Ausführung des Vereinsgesetzes durch den jetzigen preussischen Handelsminister. Dieser habe dabei im Herrenhaus noch weitere Schritte im Sinne der börsenfeindlichen Agrarier in Aussicht gestellt! Diese Haltung habe natürlich die Agrarier zu noch weiter gehenden Forderungen und Angriffen gegen die Börse ermutigt. Herr von Mendel habe sich dafür, daß er beweislos schwere Anschuldigungen gegen die Berliner Börse erhebe, eine berechtigte scharfe Abfertigung seitens der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft zugezogen. (Unruhe rechts.) Das sei eine Meißelbe, die er (Redner) bisher nur an Herrn Althoff kennen gelernt habe. (Erneute Unruhe rechts.) Und da wundern Sie sich, daß Kaufleute, die auf ihre Ehre halten, nicht in einem Kollegium mit Leuten sitzen wollen, aus deren Kreisen fortwährend solche Kränkungen des Handelsstandes hervorgehen? So ist es gekommen, daß die Produktionshändler sich von den Börsen ganz zurückgezogen haben. Und es geht auch so. Man hat in Handelskreisen vielfach den Eindruck, daß wir jetzt einen „Minister gegen den Handel“ haben. Redner fordert dann eine Reorganisation der politischen Polizei und wendet sich gegen das Unwesen der offiziellen Presse. (Zustimmung rechts.) Graf Limburg habe freilich die Spitze seiner Bemerkungen hauptsächlich gegen den Freiherrn von Marschall gerichtet. Dieser habe allerdings die Handelsverträge gemacht (Heiterkeit), aber es sei ihm schließlich nichts Anderes übrig geblieben, als an das Gericht zu appellieren. Doch hätte es freilich dazu gar nicht kommen dürfen. Das Ministerium sei doch auch kein einheitliches politisches Kollegium, sondern es gleiche mehr dem Offizierskorps eines Regiments, das sich aus Ernennungen zu verschiedenen Zeiten und aus verschiedenen Ursachen ergäbe. Die politische Polizei sei auch ein Erbstück des Fürsten Bismarck — damals hieß Tausch Krüger —, und der habe das Instrument vielleicht besser zu spielen verstanden, das dann nachher automatisch weitergeleitet. Redner beleuchtet an der Hand des Prozesses die Tätigkeit der politischen Polizei und kommt dann auf das Versprechen des Reichskanzlers, daß das Verbindungsverbot gegen die politischen Vereine aufgehoben werden solle, zu sprechen. Der Kanzler habe dieses Versprechen bedingungslos gegeben, und man solle auch an einem Kanzlerwort nicht zweifeln noch zweifeln. Befehle in dieser Frage etwa ein Gegenlag zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Innern? Die Verzögerung sei jedenfalls geeignet, der Autorität des Reichskanzlers einen schweren Stoß zu versetzen. Und davor sollte man sich in diesen ersten Zeiten doch sehr hüten! (Bravo! links.)

Finanzminister Dr. Miquel führt aus, daß ein Finanzminister nicht anders verfahren könne, als die Einnahmeüberschüsse seiner Kollegen einfach hinzunehmen. Herr Richter werde selbst nicht erwarten, daß er (Redner) auf seinen Vergleich mit den Ausgabeüberschüssen irgendwie eingehen werde. Redner wendet sich weiter gegen die bilatorale Behandlung der Beobachtungsvorlage durch den Abg. Dr. Bachem. Auf das Reich zu warten, gehe schon deshalb nicht an, weil es in Preußen fast alle Beamtenklaffen gebe, die man im Reich nicht habe. Die preussische Vorlage und die Vorlage im Reich seien aber nach denselben Gesichtspunkten ausgestaltet. Er erkenne an, daß es sehr möglich sei, daß nur die Unterbeamten vorläufig auf weitere Aufbesserungen warten müßten. Aber das sei nicht zu vermeiden, und er müsse daher warnen, den Rahmen der Vorlage zu durchbrechen zu Gunsten einzelner Kategorien von Unterbeamten. Eine Vorlage über die Regelung der Reisekosten werde dem Hause zugehen. Er bitte aber dringend, die Gehaltsaufbesserungen nicht von einer so zweifelhaften Sache, wie der Forderung der kommunalfeuerprivilegien, abhängig zu machen, die doch wirklich nicht so viel bedeuteten. Redner geht dann auf verschiedene, in der Debatte erwähnte Einzelheiten der Beobachtungsvorlage ein. Um die Rechtsverhältnisse der verschiedenen Fonds zu ordnen, dazu bedürfe es keines Komptabilitätsgesetzes; es genüge die Entstellung in den Etat, und diese werde im nächsten Jahre hoffentlich durchgeführt werden können. Dem Komptabilitätsgebot stellten sich fortgesetzt große Schwierigkeiten entgegen; vielleicht komme es noch in dieser Session, aber bestimmt könne es nicht in Aussicht stellen. Er rath, die Beobachtungsvorlage nicht wie einen robusten Jungen zu behandeln, der gar nicht sterben könne. Er bitte vielmehr, nicht zu sehr über die Höhe der Gesamtsumme hinauszuweisen und auch im Einzelnen nicht zu viel zu ändern. Sonst könnte es schließlich heißen: „In seinen Armen das Kind war todt.“ (Heiterkeit.)

Minister des Innern Febr. v. d. Rade erklärt zunächst, ein zweiter Entwurf eines sog. Kirchhofgesetzes für das linke Rheinufer sei fertig und soeben an die Provinzialverwaltung gegangen. Was die Wahlreform angehe, so werde etwa im März das weitere Material, Ergebnisse der Erhebungen über die bezüglichen Wirkungen der Steuererfolge, vorliegen können. Die Regierung suche keineswegs die Sache zu verschleiern. Das treffe auch auf das Vereinsgesetz zu. Die Forderung des Reichskanzlers werde selbstverständlich erfüllt werden. Wäre § 8 durch das Würgerliche Gesetz aufgehoben worden, so wäre er doch noch bis 1900 in Kraft geblieben. Daß die für Preußen bereits angeforderte Novelle sich nicht auf § 8 zu beschränken brauche, darin stimme er den Abgg. Graf Limburg und von Zedlitz bei. Was den Ledert-Lösow-Prozess angehe, so wäre es vorsichtiger, nicht immer von „einem verbrecherischen Beamten“ zu sprechen, denn das Verfahren gegen denselben sei ja noch in der Schwebe. Keiner könne die Erfahrungen mit der politischen Polizei mehr bedauern, keiner mehr wünschen, den Schaden abzuheilen, als er (Minister). Bezüglich der Kriminalpolizei sei ja auch schon das Erforderliche eingeleitet, und dasselbe solle bezüglich der politischen Polizei geschehen. Aber warnen müsse er doch vor Uebertreibungen, vor Darstellungen, als wenn das ganze System faul sei. Man müsse sie doch zu heben und nicht herunterdrücken suchen.

Dutende von 1894.		Dutende von 1894.																																																																									
Bant f. Spirit	—	Disc.-Cant.	8 1/2 210,75																																																																								
n. Prod. 3 1/4	70,75 60	Dress. B.	8 1/2 161,00																																																																								
Bert. Off. B.	4 1/2 123,00 60	Nationalis.	6 1/2 147,10 60																																																																								
da. Schigel.	6 1/2 133,103	Polinn. App.	cont.																																																																								
Breal. Disc.	—	cont.	6 1/2 149,80 60																																																																								
Bant 6 1/2	118,60 60	P. Cent.	—																																																																								
Darmst.-B. 5 1/4	—	Reob.	9 1/2 169,46 60																																																																								
Deutsh. B.	9 1/2 197,905	Reichsbant.	6 1/2 157,30																																																																								
Dtsh. Gen.	10 1/2 20,90 60																																																																										
Gold und Papiergeld.																																																																											
Dutaten der St.	—	Engl. Banknot.	20,88																																																																								
Souverain	20,37 60	Franz. Banknot.	80,95 60																																																																								
20 Fr.-Stücke	—	Italien. Banknot.	18,89 60																																																																								
Gold-Dollars	4,18 25 60	Russische Not.	21,6 50 60																																																																								
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <th colspan="2" style="text-align: center;">Bant. Disc.</th> <th colspan="2" style="text-align: center;">Wechsel</th> </tr> <tr> <th colspan="2" style="text-align: center;">Reichsbant. 4, Bonbard</th> <th colspan="2" style="text-align: center;">Cours</th> </tr> <tr> <td colspan="2" style="text-align: center;">4 1/2 62, 5.</td> <td colspan="2" style="text-align: center;">18. Jan.</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="text-align: center;">Privatdiscant 3 1/2</td> <td colspan="2"></td> </tr> <tr> <td>Amsterdam 8 L.</td> <td>2 1/2 %</td> <td>163,55 60</td> <td></td> </tr> <tr> <td>do. 2 M.</td> <td>2 1/2 %</td> <td>167,85 60</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Belg. Plätze 8 L.</td> <td>2 1/2 %</td> <td>80,79 60</td> <td></td> </tr> <tr> <td>do. 2 M.</td> <td>2 1/2 %</td> <td>80,45 60</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Bombay 8 L.</td> <td>3 %</td> <td>20,27 60</td> <td></td> </tr> <tr> <td>do. 3 M.</td> <td>3 %</td> <td>20,24 60</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Paris 8 L.</td> <td>2 %</td> <td>80,85 60</td> <td></td> </tr> <tr> <td>do. 3 M.</td> <td>2 %</td> <td>80,55 60</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Wien, d. B. 8 L.</td> <td>4 %</td> <td>169,90 60</td> <td></td> </tr> <tr> <td>do. 2 M.</td> <td>4 %</td> <td>169,00 60</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Schweiz. Pl. 8 L.</td> <td>3 %</td> <td>80,40 60</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Stal. Pl. 10 L.</td> <td>5 %</td> <td>77,00 60</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Petersburg 8 L.</td> <td>4 1/2 %</td> <td>216 00 60</td> <td></td> </tr> <tr> <td>do. 3 M.</td> <td>4 1/2 %</td> <td>213,50 60</td> <td></td> </tr> </table>				Bant. Disc.		Wechsel		Reichsbant. 4, Bonbard		Cours		4 1/2 62, 5.		18. Jan.		Privatdiscant 3 1/2				Amsterdam 8 L.	2 1/2 %	163,55 60		do. 2 M.	2 1/2 %	167,85 60		Belg. Plätze 8 L.	2 1/2 %	80,79 60		do. 2 M.	2 1/2 %	80,45 60		Bombay 8 L.	3 %	20,27 60		do. 3 M.	3 %	20,24 60		Paris 8 L.	2 %	80,85 60		do. 3 M.	2 %	80,55 60		Wien, d. B. 8 L.	4 %	169,90 60		do. 2 M.	4 %	169,00 60		Schweiz. Pl. 8 L.	3 %	80,40 60		Stal. Pl. 10 L.	5 %	77,00 60		Petersburg 8 L.	4 1/2 %	216 00 60		do. 3 M.	4 1/2 %	213,50 60	
Bant. Disc.		Wechsel																																																																									
Reichsbant. 4, Bonbard		Cours																																																																									
4 1/2 62, 5.		18. Jan.																																																																									
Privatdiscant 3 1/2																																																																											
Amsterdam 8 L.	2 1/2 %	163,55 60																																																																									
do. 2 M.	2 1/2 %	167,85 60																																																																									
Belg. Plätze 8 L.	2 1/2 %	80,79 60																																																																									
do. 2 M.	2 1/2 %	80,45 60																																																																									
Bombay 8 L.	3 %	20,27 60																																																																									
do. 3 M.	3 %	20,24 60																																																																									
Paris 8 L.	2 %	80,85 60																																																																									
do. 3 M.	2 %	80,55 60																																																																									
Wien, d. B. 8 L.	4 %	169,90 60																																																																									
do. 2 M.	4 %	169,00 60																																																																									
Schweiz. Pl. 8 L.	3 %	80,40 60																																																																									
Stal. Pl. 10 L.	5 %	77,00 60																																																																									
Petersburg 8 L.	4 1/2 %	216 00 60																																																																									
do. 3 M.	4 1/2 %	213,50 60																																																																									

Roman von Goldemar Urban.

Du hast Dich verheirathet, obgleich Du eine andere Hebe im Herzen trugst, und ich habe es auch gesehen, trotz desselben Zustandes. Es kommen eben im Leben Stunden, wo das Herz an sich selbst irre wird, wo man auch die edle Gottesflamme der Liebe für ein krankhaftes Fieber hält, das man mit Gewalt dämpfen müsse, wo man glaubt, man sei auf einem Irrwege, weil alle Welt es sagt und behauptet, so wurdest Du, und so wurde ich unserm dem Gott bestimmten Schicksal entfreundet, wir wurden beide zwei hilflose

Davis, ich hoffe zu Gott, daß Du mich verstehst, wie ich es meine. Es ist nicht nur mein schönstes Recht als Mutter, sondern auch meine

Als er die Treppe hinuntergehen wollte, beachtete er nicht, daß dieser wieder zu tief in die Tasche gegrudelt hatte und daß diese sogar noch aus der Tasche seiner Livree herausfah. Mit einem raschen Griff

Also die alte Miggins konnte wissen, was er nicht wissen durfte? Stand es schon so? Sie

(Fortsetzung folgt.)

